

# **Vollzugshilfen zur Umsetzung der Marktüberwachung bei den abfallrechtlichen Harmonisierungsrechtsvorschriften für Altfahrzeuge, Elektro- und Elektronikgeräte, Batterien und Akkumulatoren und Verpackungen in Sachsen-Anhalt**

## **Anhang III zum Handbuch**

### **Leitfaden**

### **zur Marktüberwachung hinsichtlich der Einhaltung der Vorgaben der Verpackungsverordnung**

Bearbeitungsstand 24.11.2016



**SACHSEN-ANHALT**

---

Landesamt für Umweltschutz

## Inhaltsverzeichnis

1	Einführung und Zielstellung .....	4
2	Abkürzungen .....	4
3	Begriffsbestimmungen .....	4
4	Rechtliche Grundlagen .....	12
4.1	Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle .....	12
4.2	Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen (Verpackungsverordnung - VerpackV) .....	12
5	Überwachung .....	14
5.1	Hinweispflichten.....	15
5.2	Vorgaben zur Kennzeichnung.....	15
5.3	Konzentrationsgrenzen .....	16
5.4	Nachweispflichten.....	16
5.5	Pfanderhebungspflicht .....	17
5.6	Rücknahmepflichten .....	17
5.7	Verwertungspflichten .....	18
5.8	Praktische Vorgehensweise bei der Überwachung - Hinweise zur Verwendung der Checklisten.....	18
6	Anhaltspunkte für Abweichungen von den rechtlichen Vorgaben.....	19
7	Quellenverzeichnis .....	20

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht über die unterschiedlichen Verpackungsarten nach Anfallstellen .....	5
Abbildung 2: Beispiele für Verkaufsverpackungen [Bildquelle: INTECUS] .....	7
Abbildung 3: Beispiele für Serviceverpackungen [Bildquelle: INTECUS] .....	7
Abbildung 4: Beispiele für Umverpackungen (aus Karton) [Bildquelle: INTECUS] .....	8
Abbildung 5: Beispiele für Transportverpackungen (aus Karton und Holz) [Bildquellen: <a href="http://www.verpackungstechnologie.ch">http://www.verpackungstechnologie.ch</a> , <a href="http://www.wirtschaftszeit.at">www.wirtschaftszeit.at</a> , <a href="http://www.verpackungspreis.de">www.verpackungspreis.de</a> ] .....	8
Abbildung 6: Beispiele für Mehrwegverpackungen [Bildquelle: INTECUS] .....	8
Abbildung 7: Beispiele für nicht ökologisch vorteilhafte Einweggetränkeverpackungen [Bildquelle INTECUS] .....	9
Abbildung 8: Beispiele für ökologisch vorteilhafte Einweggetränkeverpackungen [Bildquelle INTECUS] .....	10
Abbildung 9: Beispiel für eine Verbundverpackung [Bildquelle: INTECUS] .....	10
Abbildung 10: Beispiele für die Kennzeichnung von Handelsmarken [Bildquelle: INTECUS] .....	11
Abbildung 11: Beispiel DGP-Kennzeichnung [Bildquelle: INTECUS] .....	15
Abbildung 12: PET-Cycle-Logo [Bildquelle: <a href="http://www.petcycle.de">www.petcycle.de</a> ] .....	15
Abbildung 13: Kennzeichnungs-Beispiel Polypropylen [Bildquelle: INTECUS] .....	16
Abbildung 14: Kennzeichnungs-Beispiel Papier und Pappe (nicht eindeutig aufgrund fehlender Nr. 20, 21 o. 22) [Bildquelle: INTECUS] .....	16
Abbildung 15: Kennzeichnungs-Beispiel Polyethylen hoher Dichte [Bildquelle: INTECUS] .....	16

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zu überwachende Regelungen der VerpackV sowie geltende Owi-Tatbestände .....	12
---	----

## 1 Einführung und Zielstellung

Dieser Leitfaden dient der Umsetzung der Vorgaben der abfallrechtlichen Harmonisierungsvorschriften in Bezug auf Verpackungen. Die dargestellten Maßnahmen zur Marktüberwachung umfassen den gesamten Produktlebenszyklus der Verpackungen und der damit einhergehenden Pflichten aller Wirtschaftsakteure, wie z. B. allgemeine Anforderungen an die Herstellung von Verpackungen, Verkehrsverbote, Rücknahme- und Pfandpflichten, Nachweisverpflichtungen, Kennzeichnung, Hinweispflichten sowie Wiederverwendung und Verwertung.

## 2 Abkürzungen

EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
IHK	Industrie- und Handelskammer
LAU	Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt
LSA	Land Sachsen-Anhalt
MLU	Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt
Owi	Ordnungswidrigkeit
PET	Polyethylenterephthalat
VE	Vollständigkeitserklärung
VerpackV	Verpackungsverordnung

## 3 Begriffsbestimmungen

Nachfolgend werden die für diesen Leitfaden erforderlichen Definitionen wiedergegeben. Die Definitionen sind, soweit sich nicht der VerpackV entstammen, kursiv gedruckt.

**Verpackungen**<sup>1</sup> gemäß § 3 (1) Nr. 1 VerpackV sind aus beliebigen Materialien hergestellte Produkte zur Aufnahme, zum Schutz, zur Handhabung, zur Lieferung oder zur Darbietung von Waren, die vom Rohstoff bis zum Verarbeitungserzeugnis reichen können und vom Hersteller an den Vertreiber oder Endverbraucher weitergegeben werden. Die Begriffsbestimmung für "Verpackungen" wird ferner durch die in Anhang V der VerpackV genannten Kriterien gestützt. Die in Anhang V weiterhin aufgeführten Gegenstände sind Beispiele für die Anwendung dieser Kriterien.

*In Abbildung 1 sind die unterschiedlichen Verpackungsarten dargestellt, welche jeweils unterschiedliche Pflichten nach VerpackV für die Wirtschaftsteilnehmer nach sich ziehen.*

---

<sup>1</sup> Eine gute Entscheidungshilfe für die Einstufung von Verpackungen gemäß VerpackV liefern die Leitlinien zur Einstufung sowie die Datenbank unter [www.verpackv-konkret.de](http://www.verpackv-konkret.de) → Login-Bereich → Verpackung/Nicht-Verpackung → Datenbank.



**Abbildung 1: Übersicht über die unterschiedlichen Verpackungsarten nach Anfallstellen**

**Verkaufsverpackungen** gemäß § 3 (1) Nr. 2 VerpackV sind Verpackungen, die als eine Verkaufseinheit angeboten werden und beim Endverbraucher anfallen. Verkaufsverpackungen im Sinne der Verordnung sind auch Verpackungen des Handels, der Gastronomie und anderer Dienstleister, die die Übergabe von Waren an den Endverbraucher ermöglichen oder unterstützen (Serviceverpackungen) sowie Einweggeschirr.





Abbildung 2: Beispiele für Verkaufsverpackungen  
[Bildquelle: INTECUS]

Eine **Serviceverpackung** erreicht den Letztverreiber getrennt von der Ware und wird erst beim Letztverreiber im vom Kunden gewünschten Umfang mit Ware befüllt. Typische Serviceverpackungen sind bspw. Tragetaschen aus Papier oder Kunststoff, Wurstfolien und Brötchentüten.



Abbildung 3: Beispiele für Serviceverpackungen  
[Bildquelle: INTECUS]

**Umverpackungen** gemäß § 3 (1) Nr. 3 VerpackV sind Verpackungen, die als zusätzliche Verpackungen zu Verkaufsverpackungen verwendet werden und nicht aus Gründen der Hygiene, der Haltbarkeit oder des Schutzes der Ware vor Beschädigung oder Verschmutzung für die Abgabe an den Endverbraucher erforderlich sind.



**Abbildung 4: Beispiele für Umverpackungen (aus Karton)** [Bildquelle: INTECUS]

**Transportverpackungen** gemäß § 3 (1) Nr. 2 VerpackV sind Verpackungen, die den Transport von Waren erleichtern, die Waren auf dem Transport vor Schäden bewahren oder die aus Gründen der Sicherheit des Transports verwendet werden und beim Verreiber anfallen. Container für den Straßen-, Schienen-, Schiffs- oder Lufttransport sind keine Transportverpackungen



**Abbildung 5: Beispiele für Transportverpackungen (aus Karton und Holz)** [Bildquellen: <http://www.verpackungstechnologie.ch>, [www.wirtschaftszeit.at](http://www.wirtschaftszeit.at), [www.verpackungspreis.de](http://www.verpackungspreis.de)]

**Getränkeverpackungen** gemäß § 3 (2) VerpackV sind geschlossene oder überwiegend geschlossene Verpackungen für flüssige Lebensmittel im Sinne des § 2 (2) des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches, die zum Verzehr als Getränk bestimmt sind, ausgenommen Joghurt und Kefir.

**Mehrwegverpackungen** gemäß § 3 (3) Satz 1 VerpackV sind Verpackungen, die dazu bestimmt sind, nach Gebrauch mehrfach zum gleichen Zweck wiederverwendet zu werden.



**Abbildung 6: Beispiele für Mehrwegverpackungen** [Bildquelle: INTECUS]



**Einweggetränkeverpackungen** gemäß § 3 (3) Satz 2 VerpackV sind Getränkeverpackungen, die keine Mehrweggetränkeverpackungen sind.

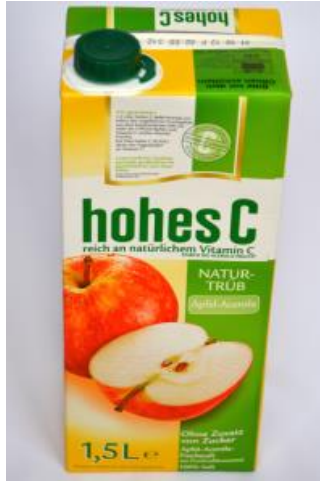


**Abbildung 7: Beispiele für nicht ökologisch vorteilhafte Einweggetränkeverpackungen** [Bildquelle INTECUS]

**Ökologisch vorteilhafte Einweggetränkeverpackungen** gemäß § 3 (4) VerpackV sind:

1. Getränkekartonverpackungen (Blockpackung, Giebelpackung, Zylinderpackung),
2. Getränke-Polyethylen-Schlauchbeutel-Verpackungen,
3. Folien-Standbodenbeutel.





**Abbildung 8: Beispiele für ökologisch vorteilhafte Einweggetränkeverpackungen** [Bildquelle INTECUS]

**Verbundverpackungen** gemäß § 3 (5) VerpackV sind Verpackungen aus unterschiedlichen, von Hand nicht trennbaren Materialien, von denen keines einen Masseanteil von 95 vom Hundert überschreitet.



**Abbildung 9: Beispiel für eine Verbundverpackung** [Bildquelle: INTECUS]

**Restentleerte Verpackungen** gemäß § 3 (6) VerpackV sind Verpackungen, deren Inhalt bestimmungsgemäß ausgeschöpft worden ist.

**Schadstoffhaltige Füllgüter** gemäß § 3 (7) VerpackV sind

1. Stoffe und Zubereitungen, die bei einem Vertrieb im Einzelhandel dem Selbstbedienungsverbot nach § 4 (1) der Chemikalienverbotsverordnung unterliegen würden,
2. Pflanzenschutzmittel im Sinne des Artikels 2 (1) der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates (ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 1), die nach der Gefahrstoffverordnung
  - a) als sehr giftig, giftig, brandfördernd oder hochentzündlich oder
  - b) als gesundheitsschädlich und mit dem R-Satz R 40, R 62, R 63 oder R 68 gekennzeichnet sind,
3. Zubereitungen von Diphenylmethan-4,4'-diisocyanat (MDI), soweit diese als gesundheitsschädlich und mit dem R-Satz R 42 nach der Gefahrstoffverordnung zu kennzeichnen sind und in Druckgaspackungen in Verkehr gebracht werden.

**Hersteller** gemäß § 3 (8) VerpackV ist, wer Verpackungen, Packstoffe oder Erzeugnisse herstellt, aus denen unmittelbar Verpackungen hergestellt werden, und derjenige, der Verpackungen in den Geltungsbereich der Verordnung einführt.

**Hersteller von mit Waren befüllter Verkaufsverpackungen** befüllen eine Verkaufsverpackung mit Ware, die in dieser Form verpackt an den Endkunden abgegeben wird. Dabei ist es egal, ob die Ware direkt an den Endkunden abgegeben wird oder ob dies über mehrere Handelsstufen erfolgt. Die VerpackV verpflichtet Hersteller und Vertreiber als Adressat. Dabei ist nach §6 (1) Satz 1 der Hersteller von mit Waren befüllter Verkaufsverpackungen und nicht der Hersteller von Verpackungen, Packstoffen oder Erzeugnisse, aus denen unmittelbar Verpackungen hergestellt werden, zu verstehen.

**Vertreiber** gemäß § 3 (9) VerpackV ist, wer Verpackungen, Packstoffe oder Erzeugnisse, aus denen unmittelbar Verpackungen hergestellt werden, oder Waren in Verpackungen, gleichgültig auf welcher Handelsstufe, in Verkehr bringt. Vertreiber ist auch der Versandhandel.

Eine **Branchenlösung** ist dann gegeben, wenn Hersteller und Vertreiber bei Anfallstellen, die den privaten Haushalten nach § 3 (11) VerpackV gleichgestellt sind (s. dazu Definition „Endverbraucher“), die in Verkehr gebrachten Verpackungen selbst oder durch zwischengeschaltete Vertreiber zurücknehmen und einer Verwertung zuführen. In diesen Fällen entfällt die Systembeteiligungspflicht nach § 6 (2) VerpackV. § 3 (2) Satz verweist auf eine direkte Lieferbeziehung zwischen den Akteuren.

**Erstinverkehrbringer** sind Hersteller und Vertreiber, die gemäß § 6 (1) Satz 1 VerpackV erstmals mit Ware befüllte Verkaufsverpackungen, die typischerweise beim privaten Endverbraucher anfallen, an einen im Wirtschaftsverkehr tätigen Dritten abgeben. Sowohl Hersteller als auch Vertreiber können Erstinverkehrbringer sein. Wichtig ist das erstmalige Inverkehrbringen der Verkaufsverpackungen im Geltungsbereich der VerpackV, also innerhalb der Landesgrenzen der Bundesrepublik Deutschland. Dies gilt ausnahmslos für alle gewerblichen Hersteller und Vertreiber, auch den gewerblichen Internethandel; Bagatelluntergrenzen gelten nicht.

Ein Handelshaus gilt als Inverkehrbringer, wenn es ausschließlich selbst als Abfüller/Hersteller auf der Verpackung angegeben ist und das Markenrecht innehat.



**Abbildung 10: Beispiele für die Kennzeichnung von Handelsmarken**  
[Bildquelle: INTECUS]

Beim Import von mit Ware befüllten Verpackungen, die typischerweise beim privaten Endverbraucher anfallen, gilt derjenige als Inverkehrbringer, der zum Zeitpunkt des Grenzübertritts die rechtliche Verantwortung für die Ware trägt.

**Letztvertreiber** ist, wer Verpackungen im Geltungsbereich des Kreislaufwirtschaftsgesetzes an den Endverbraucher abgibt.

Ein **Vorvertreiber** ist derjenige Vertreiber, welcher dem gerade betrachteten Vertreiber vorgelagert ist. Der Letztvertreiber kann kein Vorvertreiber sein, da der Endverbraucher kein Vertreiber ist.

Als **Einzugsgebiet** gemäß § 3 (10) VerpackV des Herstellers oder Vertreibers ist das Gebiet des Landes anzusehen, in dem die Waren in Verpackungen in Verkehr gebracht werden.

**Endverbraucher** gemäß § 3 (11) VerpackV ist derjenige, der die Waren in der an ihn gelieferten Form nicht mehr weiter veräußert. Private Endverbraucher sind Haushaltungen und vergleichbare Anfallstellen von Verpackungen, insbesondere Gaststätten, Hotels, Kantinen,

Verwaltungen, Kasernen, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen, karitative Einrichtungen, Freiberufler und typische Anfallstellen des Kulturbereichs wie Kinos, Opern und Museen, sowie des Freizeitbereichs wie Ferienanlagen, Freizeitparks, Sportstadien und Raststätten. Vergleichbare Anfallstellen sind außerdem landwirtschaftliche Betriebe und Handwerksbetriebe, die über haushaltsübliche Sammelgefäße für Papier, Pappe, Kartonagen und Leichtverpackungen mit nicht mehr als maximal je Stoffgruppe einem 1.100-Liter-Umleerbehälter im haushaltsüblichen Abfuhrhythmus entsorgt werden können.<sup>2</sup>

## 4 Rechtliche Grundlagen

### 4.1 Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle

Die rechtliche Grundlage zur Rücknahme und Verwertung von Verpackungen besteht auf europäischer Ebene bereits seit 1985 (Verpackungsrichtlinie 85/339/EWG). Derzeit gilt die Richtlinie 94/62/EG vom 20.12.1994, die zuletzt durch die Richtlinie 2013/2/EU vom 7.2.2013 geändert worden ist.

Die EU-Verpackungsrichtlinie legt insbesondere die nachfolgend beschriebenen für die Marktüberwachung relevanten Grundlagen für die Herstellung, den Vertrieb, die Verwendung und die Entsorgung von Verpackungen fest.

- Wiederverwendung (Art. 5)
- Verwertung und stoffliche Verwertung (Art. 6)
- Rücknahme-, Sammel- und Verwertungssysteme (Art. 7)
- Kennzeichnungs- und Identifizierungssystem (Art. 8)
- Grundlegende Anforderungen (Art. 9)
- Konzentration von Schwermetallen in Verpackungen (Art. 11)
- Informationssysteme (Art. 12)
- Unterrichtung der Verpackungsbenutzer (Art. 13)
- Freiheit des Inverkehrbringens (Art. 18)

### 4.2 Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen (Verpackungsverordnung - VerpackV)

Die Verpackungsverordnung setzt die Richtlinie 94/62/EG in deutsches Recht um. Die Regelungen der Verordnung, die für die Marktüberwachung von Bedeutung sind, sind in Tabelle 1 dargestellt.

**Tabelle 1: Zu überwachende Regelungen der VerpackV sowie geltende Owi-Tatbestände**

Regelung VerpackV	Ordnungswidrig gemäß § 15 (1) VerpackV i. V. m. § 69 (1) Nr. 8 KrWG (bis zu 100.000 EUR Geldbuße) handelt, wer...	Ordnungswidrig gemäß § 15 (2) VerpackV i. V. m. § 69 (2) Nr. 15 KrWG (bis zu 10.000 EUR Geldbuße) handelt, wer...
Rücknahmepflichten für Transportverpackungen (§ 4)	– entgegen § 4 (1) Satz 1 o. (2) Satz 1 eine Verpackung nicht oder nicht rechtzeitig zurücknimmt oder einer erneuten Verwendung oder einer stofflichen Verwertung nicht zuführt	
Rücknahmepflichten für Umverpackungen	– entgegen § 5 (1) Satz 1 eine Umverpackung nicht oder nicht rechtzeitig entfernt und dem	

<sup>2</sup> Eine die Beispiele aus § 3 (11) VerpackV konkretisierende, allerdings nicht abschließende Übersicht findet sich unter [www.verpackv-konkret.de](http://www.verpackv-konkret.de) → Login-Bereich → Verpackung nach Anfallstelle → Übersicht Anfallstellen nach § 6 im Detail.

Regelung VerpackV	Ordnungswidrig gemäß § 15 (1) VerpackV i. V. m. § 69 (1) Nr. 8 KrWG (bis zu 100.000 EUR Geldbuße) handelt, wer...	Ordnungswidrig gemäß § 15 (2) VerpackV i. V. m. § 69 (2) Nr. 15 KrWG (bis zu 10.000 EUR Geldbuße) handelt, wer...
gen (§ 5)	<p>Endverbraucher Gelegenheit zum Entfernen oder zur Rückgabe der Umverpackung nicht gibt,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– entgegen § 5 (2), § 6 (8) Satz 3 o. § 8 (1) Satz 2 einen Hinweis nicht, nicht richtig oder nicht vollständig gibt,</li> <li>– entgegen § 5 (3) Satz 1 Sammelgefäße nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise bereitstellt,</li> <li>– entgegen § 5 (3) Satz 3 eine Umverpackung einer erneuten Verwendung oder einer stofflichen Verwertung nicht zuführt</li> </ul>	
Pflicht zur Gewährleistung der flächendeckenden Rücknahme von Verkaufsverpackungen, die beim privaten Endverbraucher anfallen (§ 6 i. V. m. Anhang I) (gilt nicht für Mehrwegverpackungen)	<ul style="list-style-type: none"> <li>– entgegen § 6 (1) Satz 1 sich an einem dort genannten System nicht beteiligt,</li> <li>– entgegen § 6 (1) Satz 3 eine Verkaufsverpackung an Endverbraucher abgibt,</li> <li>– entgegen § 6 (3) Satz 2 eine Verpackung einer Verwertung nicht zuführt,</li> <li>– entgegen § 6 (3) Satz 2 in Verbindung mit Anhang I Nr. 2 (1) Satz 1 nicht sicherstellt, dass Verpackungen erfasst werden,</li> <li>– entgegen § 6 (8) Satz 1 o. 6 eine Verkaufsverpackung nicht zurücknimmt oder einer Verwertung nicht zuführt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– entgegen § 6 (2) Satz 5 in Verbindung mit Anhang I Nr. 4 Satz 2 o. 3, jeweils i. V. m. § 6 (2) Satz 6, eine Dokumentation nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstellt,</li> <li>– entgegen § 6 (2) Satz 5 in Verbindung mit Anhang I Nr. 4 Satz 9 eine Bescheinigung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig hinterlegt,</li> <li>– entgegen § 6 (2) Satz 5 in Verbindung mit Anhang I Nr. 4 Satz 11, jeweils i. V. m. § 6 (2) Satz 6, eine Dokumentation nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt,</li> <li>– entgegen § 6 (3) Satz 2 in Verbindung mit Anhang I Nr. 2 (3) Satz 3 einen Nachweis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erbringt,</li> <li>– entgegen § 6 (3) Satz 2 in Verbindung mit Anhang I Nr. 2 (3) Satz 5 eine Bescheinigung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig hinterlegt,</li> <li>– entgegen § 6 (3) Satz 2 in Verbindung mit Anhang I Nr. 2 (3) Satz 7 einen Nachweis nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt,</li> <li>– entgegen § 6 (3) Satz 2 in Verbindung mit Anhang I Nr. 3 (3) Satz 1 einen Nachweis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig führt,</li> <li>– entgegen § 6 (8) Satz 1 o. 6, jeweils in Verbindung mit Anhang I Nr. 4 Satz 2 o. 3, eine Dokumentation nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstellt,</li> <li>– entgegen § 6 (8) Satz 1 o. 6, jeweils in Verbindung mit Anhang I Nr. 4 Satz 9, eine Bescheinigung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig hinterlegt,</li> <li>– entgegen § 6 (8) Satz 1 o. 6, jeweils in Verbindung mit Anhang I Nr. 4 Satz 11, eine Dokumentation nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt,</li> </ul>
Rücknahmepflichten für Verkaufsverpackungen, die nicht beim privaten Endverbraucher anfallen (§ 7)	<ul style="list-style-type: none"> <li>– entgegen § 7 (1) Satz 1 o. (2) Satz 1 eine Verkaufsverpackung nicht zurücknimmt oder einer Verwertung nicht zuführt</li> </ul>	

<b>Regelung VerpackV</b>	<b>Ordnungswidrig gemäß § 15 (1) VerpackV i. V. m. § 69 (1) Nr. 8 KrWG (bis zu 100.000 EUR Geldbuße) handelt, wer...</b>	<b>Ordnungswidrig gemäß § 15 (2) VerpackV i. V. m. § 69 (2) Nr. 15 KrWG (bis zu 10.000 EUR Geldbuße) handelt, wer...</b>
Rücknahmepflichten für Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter (§ 8 i. V. m. Anhang I)	<ul style="list-style-type: none"> <li>– entgegen § 8 (1) Satz 1 nicht dafür sorgt, dass Verpackungen zurückgegeben werden können,</li> <li>– entgegen § 8 (2) zurückgenommene Verpackungen einer erneuten Verwendung oder einer Verwertung nicht zuführt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– entgegen § 8 (3) Satz 1 in Verbindung mit Anhang I Nr. 4 Satz 2 o. 3 eine Dokumentation nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstellt,</li> <li>– entgegen § 8 (3) Satz 2 eine Dokumentation nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt,</li> </ul>
Pfanderhebungs- und Rücknahmepflicht für Einweggetränkeverpackungen (§ 9)	<ul style="list-style-type: none"> <li>– entgegen § 9 (1) Satz 1, 3 o. 5 ein Pfand nicht erhebt oder nicht oder nicht rechtzeitig erstattet,</li> <li>– entgegen § 9 (1) Satz 4 eine Einweggetränkeverpackung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig kennzeichnet oder sich an einem bundesweiten Pfandsystem nicht beteiligt,</li> <li>– entgegen § 9 (1) Satz 6 ein Pfand ohne Rücknahme der Verpackung erstattet</li> </ul>	
Vollständigkeitserklärung für Verkaufsverpackungen, die in den Verkehr gebracht werden (§ 10 i. V. m. Anhang VI)		<ul style="list-style-type: none"> <li>– entgegen § 10 (1) Satz 1 eine Vollständigkeitserklärung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig abgibt oder nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig hinterlegt oder</li> <li>– entgegen § 10 (6) Satz 1 eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig hinterlegt.</li> </ul>
Konzentration von Schwermetallen (§ 13 i. V. m. Anhängen II und III)	– entgegen § 13 (1) Verpackungen oder Verpackungsbestandteile in Verkehr bringt	
Kennzeichnung (§ 14 i. V. m. Anhang IV)	– entgegen § 14 Satz 2 andere Nummern oder Abkürzungen verwendet	

## 5 Überwachung

Prinzipiell gilt die VerpackV für Hersteller, Importeure und Vertreiber von Verpackungen und mit Waren gefüllten Verkaufsverpackungen. Einen Schwerpunkt der Überwachung der VerpackV bilden generell die Vertreiber, da diese die Schnittstelle der Abgabe von Verpackungen an den Endverbraucher bilden und flächendeckend vorhanden sind. Ein weiterer Schwerpunkt in Sachsen-Anhalt sind die Erstinverkehrbringer von mit Ware befüllten Verkaufsverpackungen aus der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie. So waren von 49 Unternehmen, die im Meldezeitraum 2011 eine gültige Vollständigkeitserklärung (VE-Register) gemäß VerpackV abgegeben haben, allein 40 Unternehmen diesen Branchen zugehörig.

Die nachfolgenden Vorgaben ergeben sich aus den im Abschnitt 4 dargestellten rechtlichen Vorschriften und unterliegen der Notwendigkeit der Marktüberwachung durch die zuständigen Behörden.



## 5.1 Hinweispflichten

Vertreiber von Umverpackungen, die nicht durch diese entfernt werden, sowie Hersteller und Vertreiber von Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter, müssen auf die Rückgabemöglichkeiten für diese Verpackungen hinweisen (vgl. §§ 5 (2) und 8 (1) Satz 2).

Die **Überwachung** der Einhaltung dieser Anforderungen kann durch Inaugenscheinnahme von Verkaufsstellen, Überprüfungen der Verkaufspräsentationen von Versandhändlern oder durch Testkäufe erfolgen.

## 5.2 Vorgaben zur Kennzeichnung

Folgende Vorgaben für die Kennzeichnung von Verpackungen bestehen:

- Die einzige nach VerpackV verpflichtend auf einer Verpackung anzubringende Kennzeichnung ist die Kennzeichnung pfandpflichtiger Einweggetränkeverpackungen (§ 9 (1) Satz 4 VerpackV). Zur Abwicklung der Erstattungsansprüche zwischen den Vertreibern haben sich diese an einem bundesweit tätigen Pfandsystem zu beteiligen. Die Deutsche Pfandsystem GmbH (DPG) stellt den organisatorischen und rechtlichen Rahmen für die Rücknahme und das Pfandclearing pfandpflichtiger Einweggetränkeverpackungen bereit. Des Weiteren existiert mit der PETCYCLE E.A.G. GmbH & Co. KG (PETCycle) ein weiteres bundesweit tätiges Pfandsystem für nicht ökologisch vorteilhafte Einweggetränkeverpackungen, welches das Inverkehrbringen und die Rücknahme von Einweggetränkeflaschen in Mehrwegkästen kombiniert.

Die Kennzeichnung besteht im Falle der DGP-Kennzeichnung aus zwei Komponenten:

- der sog. „DPG-Markierung“ mit einer speziellen DPG-Farbe und
- einer exklusiv für den deutschen Markt verwendeten Artikelnummer (EAN).

Die Kennzeichnung darf nur von speziell dafür zugelassenen Etikettendruckern und Dosenherstellern in zertifizierten Standorten vorgenommen werden. Nur diese dürfen die hierfür erforderliche DPG-Farbe verwenden.



**Abbildung 11: Beispiel DGP-Kennzeichnung** [Bildquelle: IN-TECUS]

Einweggetränkeverpackungen aus PET, welche am PET-Cycle-System teilnehmen, sind mit dem PET-Cycle-Logo gekennzeichnet.



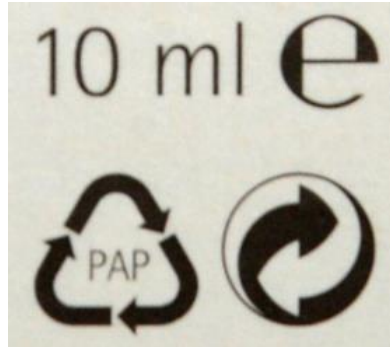
**Abbildung 12: PET-Cycle-Logo** [Bildquelle: www.petcycle.de]

- Hersteller können Verpackungen mit Symbolen zur Kennzeichnung der Materialart versehen. Die Symbole sind in Anhang IV der VerpackV festgelegt. Andere Symbole dürfen **nicht** verwendet werden (§ 14 VerpackV i. V. m. Anhang IV VerpackV). Beispiele für derartige Kennzeichnungen zeigen Abbildung 13-15.



**Abbildung 13: Kennzeichnungs-Beispiel Polypropylen**  
[Bildquelle: INTECUS]

RICHTIGE Symbolverwendung!



**Abbildung 14: Kennzeichnungs-Beispiel Papier und Pappe** (nicht eindeutig aufgrund fehlender Nr. 20, 21 o. 22) [Bildquelle: INTECUS]

FALSCHE Symbolverwendung!



**Abbildung 15: Kennzeichnungs-Beispiel Polyethylen hoher Dichte** [Bildquelle: INTECUS]

FALSCHE Symbolverwendung (richtig wäre HDPE)!

Die Überwachung der Einhaltung dieser Anforderungen erfolgt durch Inaugenscheinnahme der Verpackungen.

### 5.3 Konzentrationsgrenzen

§ 13 VerpackV legt Konzentrationsgrenzen für Schwermetalle in Verpackungen fest. Grundsätzlich gilt ein Verkehrsverbot für Verpackungen, die eine Konzentration von Blei, Cadmium, Quecksilber und Chrom VI kumulativ in Höhe von 100 mg/kg überschreiten. Ausnahmen gelten für Verpackungen, die wieder verwendet werden, Verpackungen aus Bleikristallglas sowie Verpackungen, welche die Bedingungen der Anhänge II und III erfüllen.

Die **Überwachung** der Einhaltung dieser Anforderungen kann durch Einsichtnahme in Produktdatenblätter oder anderer Unterlagen aus dem Produktionsprozess, mit denen der Hersteller belegen kann, dass er die Stoffverbote sicher einhalten kann, erfolgen. Ist eine Überprüfung auf diesem Wege nicht möglich, ist die Einhaltung der Stoffverbote durch die Analyse von Stichproben zu überwachen.

### 5.4 Nachweispflichten

Die VerpackV legt folgende Nachweispflichten fest, welche durch die zuständige Behörde zu kontrollieren sind:

- Hersteller und Vertreiber, die mit Ware befüllte Verkaufsverpackungen, die an private Endverbraucher abgegeben werden, erstmals in Verkehr bringen (Erstinverkehrbringer), müssen oberhalb bestimmter Mengenschwellen oder auf Verlangen der zuständigen Behörde eine **Vollständigkeitserklärung** abgeben. Die Vollständigkeitserklärung ist durch einen Wirtschaftsprüfer oder durch einen Sachverständigen zu testen und online im IHK-VE-Register<sup>3</sup> zu hinterlegen (§ 10 (5) VerpackV).
- Hersteller und Vertreiber von Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter haben die Masse der in Verkehr gebrachten sowie der zurückgenommenen und verwerteten Verpackungen nachprüfbar und testiert zu dokumentieren und diesen Nachweis auf Verlangen der zuständigen Behörde vorzulegen (§ 8 (3) i. V. m. Anhang I Nr. 4 Sätze 1 - 5 VerpackV).

<sup>3</sup> [www.ihk-ve-register.de](http://www.ihk-ve-register.de)



Die **Überwachung** der Einhaltung dieser Anforderungen hat durch die Überprüfung der Nachweisunterlagen zu erfolgen.

Neben diesen Pflichten besteht für die Systeme nach § 6 VerpackV eine Nachweisverpflichtung nach Anhang I (Nr. 2 und 3) VerpackV, welche der Kontrolle durch das Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt unterliegt.

### 5.5 Pfanderhebungspflicht

Vertreiber von nicht ökologisch vorteilhaften Einweggetränkeverpackungen mit einem Füllvolumen von 0,1 bis 3,0 Liter, welche mit den in § 9 (2) VerpackV aufgelisteten Getränken befüllt sind, haben von den Abnehmern ein Pfand in Höhe von mindestens 0,25 Euro einschließlich Umsatzsteuer je Verpackung zu erheben. Diese Pfanderhebungspflicht gilt für alle Handelsstufen (§ 9 (1) Satz 3 VerpackV).

Die **Überwachung** der Einhaltung dieser Anforderungen kann durch Testkäufe erfolgen.

### 5.6 Rücknahmepflichten

Für die in Verkehr gebrachten Verpackungen bestehen umfängliche Rücknahmepflichten:

- Hersteller und Vertreiber sind verpflichtet, **Transportverpackungen** zurückzunehmen (§ 4 (1) VerpackV).
- Vertreiber sind verpflichtet, **Umverpackungen** vor Verkauf der Ware an den Endverbraucher zu entfernen oder dem Endverbraucher eine Möglichkeit zur Rückgabe auf dem Gelände der Verkaufseinrichtung anzubieten. Zu diesem Zweck hat er Behältnisse zur Verfügung zu stellen, die eine Getrennterfassung der Materialien ermöglichen (§ 5 (1) i. V. m. (3) VerpackV).
- Hersteller und Vertreiber, die mit Ware befüllte **Verkaufsverpackungen** (nicht pfandpflichtig) an private Endverbraucher abgeben (Erstinverkehrbringer), haben sich zur Absicherung ihrer Rücknahmepflichten an einem System zur Rücknahme dieser Verpackungen zu beteiligen (§ 6 (1) VerpackV). Alternativ können sich Hersteller und Vertreiber, die mit Ware befüllte Verkaufsverpackungen (nicht pfandpflichtig) an gleich gestellte Anfallstellen abgeben (Erstinverkehrbringer), zur Absicherung ihrer Rücknahmepflichten an einer so genannten Branchenlösung zur Rücknahme dieser Verpackungen beteiligen (§ 6 (2) VerpackV).
- Letztvertreiber von **Verkaufsverpackungen**, die an nicht private Endverbraucher abgegeben werden, haben diese am Ort der tatsächlichen Übergabe oder dessen unmittelbarer Nähe unentgeltlich zurückzunehmen. Hersteller bzw. Vorvertreiber sind verpflichtet, die Verpackungen am Ort der tatsächlichen Übergabe zurückzunehmen (§ 7 VerpackV). Es können auch abweichende Vereinbarungen getroffen werden.
- Hersteller und Vertreiber von **Verkaufsverpackungen schadstoffhaltiger Füllgüter** haben diese am Ort der tatsächlichen Übergabe oder dessen unmittelbarer Nähe unentgeltlich zurückzunehmen (§ 8 (1) Satz 1 VerpackV).
- Vertreiber **pfandpflichtiger Einweggetränkeverpackungen** haben diese am Ort der tatsächlichen Übergabe oder dessen unmittelbarer Nähe gegen Rückerstattung des Pfandes zurückzunehmen (§ 9 (1) Satz 5 VerpackV). Vertreiber müssen bepfandete Verpackungen ihres Sortimentes zurücknehmen, auch wenn diese nicht durch sie verkauft wurden.

Die **Überwachung** der Einhaltung dieser Anforderungen kann durch Inaugenscheinnahme von Verkaufsstellen, Überprüfungen der Verkaufspräsentationen von Versandhändlern oder durch Testkäufe erfolgen.

## 5.7 Verwertungspflichten

Zurückgenommene Verpackungen sind einer erneuten Verwendung oder einer stofflichen Verwertung zuzuführen.

Ausnahmen:

- **Pfandpflichtige Einweggetränkeverpackungen** sind vorrangig einer stofflichen Verwertung zuzuführen (§ 9 (1) Satz 10 VerpackV).
- Verpackungen von Zubereitungen von Diphenylmethan-4,4'-diisocyanat (MDI), soweit diese als gesundheitsschädlich und mit dem R-Satz R 42 nach der Gefahrstoffverordnung zu kennzeichnen sind und in Druckgaspackungen in Verkehr gebracht werden, sind nicht wieder zu verwenden (§ 8 (2) VerpackV).

Die **Überprüfung** der vorschriftsmäßigen Verwertung oder Wiederverwendung erfolgt auf der Ebene der Vertreiber und Erstinverkehrbringer von mit Ware befüllten Verkaufsverpackungen durch Einsichtnahme in die Unterlagen des entsprechenden Warenverkehrs (Wiegenscheine, Lieferscheine, Rechnungen, Verträge einschließlich der Nachweisdokumente zur erneuten Verwendung oder stofflichen Verwertung).

Die Systeme nach § 6 (3) VerpackV haben die zurückgenommenen Verkaufsverpackungen gemäß der Vorgaben des Anhangs I Nr. 1 VerpackV zu verwerten. Die Erfüllung dieser Verpflichtung wird durch das LAU überwacht.

## 5.8 Praktische Vorgehensweise bei der Überwachung - Hinweise zur Verwendung der Checklisten

Um ein einheitliches Vorgehen bei der abfallrechtlichen Überwachung durch die zuständigen Behörden in Sachsen-Anhalt zu organisieren, wurden dieser Leitfaden und eine Checkliste erstellt. Die Checkliste dient den Überwachungsbehörden zur Prüfung der Einhaltung der geltenden Rechtsvorschriften durch die im Geltungsbereich der VerpackV tätigen Wirtschaftsteilnehmer, insbesondere sind dies Erstinverkehrbringer von mit Ware befüllten Verpackungen und der Einzelhandel.

Die Checkliste ist so aufgebaut, dass im Regelfall die Beantwortung der angegebenen Fragen mit „Ja“ oder „Nein“ möglich ist. Insbesondere, wenn Abweichungen festgestellt werden, sind diese unter „Bemerkungen“ näher zu erläutern. In der rechten Spalte finden sich die zur jeweiligen Frage gehörigen rechtlichen Verweise sowie Anmerkungen und Hinweise zur Überwachung.

Dabei ist jedoch zu beachten, dass im Rahmen von Plausibilitätsprüfungen die vom zu überwachenden Unternehmen für den jeweiligen Sachverhalt verwendeten Daten nicht in erster Linie aus vorgelegten Berichten zu übernehmen, sondern anhand der Betriebsdokumentationen abzugleichen sind.

Nicht alle Fragen der Checkliste können direkt bei der Überwachung im Unternehmen beantwortet werden. Einige Fragestellungen sind durch eine Recherche in den amtlich verfügbaren Informationsquellen bzw. im Internet zu klären. Aus diesem Grund ist es empfehlenswert, bereits vor dem Vor-Ort-Besuch bzw. im Rahmen der Nachbereitung weitere Informationen einzuholen.

In Bezug auf Verpackungen werden einzuhaltende Vorgaben

- zu den Hinweispflichten,
- zu Nachweispflichten,
- zu den Rücknahme- und Pfanderhebungspflichten,
- zu den Verwertungspflichten sowie
- verpackungsspezifisch zu Konzentrationsgrenzen und Kennzeichnungsvorgaben

abgefragt. Für Mehrwegverpackungen sind keine zu überwachenden Anforderungen festgelegt.

Im ersten Abschnitt der Checkliste sind allgemeine Angaben zur Überwachung zu machen (Behörde, Bearbeiter, kontrollierte Einrichtung, Art des kontrollierten Unternehmens etc.). Im Anschluss folgt eine Abfrage bzgl. der kontrollierten Verpackungsarten. Es ist darauf zu achten, dass mittels der Angaben unter 1.2 die kontrollierten Verpackungen eindeutig identifiziert werden. Nach der Art der Verpackungen, die im kontrollierten Unternehmen vorkommen, sind die entsprechenden Abschnitte 2-7 der Checkliste auszufüllen.

Bei der Prüfung der VE im Abschnitt 4.2 der Checkliste ist zu beachten, dass diese im LSA gemäß aktueller Erlasslage des MLU vorzunehmen ist. Die VE sind zentral im IHK-VE-Register hinterlegt.

Im Anschluss an die Abfrage der allgemeinen Anforderungen erfolgt die stichprobenartige Auswahl von Verpackungen. Dazu ist für jede ausgewählte Verpackung die „Anlage – Verpackungsspezifische Anforderungen“ auszufüllen.

Im Abschnitt 8 erfolgen eine zusammenfassende Bewertung sowie die Darstellung der getroffenen Maßnahmen. Der benötigte Zeitaufwand der Überwachungsmaßnahme ist zu notieren. Bei dessen Berechnung sind neben der reinen Vor-Ort-Überwachungsmaßnahme auch die aufgewendeten Zeiten für die

- Vorbereitung,
  - Nachbereitung,
  - Fahrten,
  - Protokollierung sowie
  - Nachkontrolle von ergangenen Auflagen
- zu berücksichtigen.

## **6 Anhaltspunkte für Abweichungen von den rechtlichen Vorgaben**

Aus vergangenen Marktüberwachungsmaßnahmen ist bekannt, dass Cadmium, welches als Stabilisierungsmittel im PVC eingesetzt wird, zur Überschreitung des Grenzwertes gemäß § 13 VerpackV in PVC-Verpackungen führen kann.<sup>4</sup>

Ebenfalls ist bekannt, dass die Materialkennzeichnung von Verpackungen gemäß § 14 i. V. m. Anhang IV VerpackV zuweilen die falsche Materialart (bspw. falsche Kunststoffart) ausweist.

---

<sup>4</sup> [http://www.vis.bayern.de/produktsicherheit/technik\\_chemie\\_basis/gefährstoffe/cadmium.htm](http://www.vis.bayern.de/produktsicherheit/technik_chemie_basis/gefährstoffe/cadmium.htm),  
[http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/102691/Anlage4\\_Ergebnisse\\_Marktueberwachung\\_2011\\_-\\_Bereich\\_Chemikaliensicherheit.pdf](http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/102691/Anlage4_Ergebnisse_Marktueberwachung_2011_-_Bereich_Chemikaliensicherheit.pdf)

## 7 Quellenverzeichnis

Gewerbeaufsicht Baden-Württemberg (2012)

Ergebnisse der Marktüberwachung 2011 im Bereich der Chemikaliensicherheit

([http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/102691/Anlage4\\_Ergebnisse\\_Marktueberwachung\\_2011\\_-\\_Bereich\\_Chemikaliensicherheit.pdf](http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/102691/Anlage4_Ergebnisse_Marktueberwachung_2011_-_Bereich_Chemikaliensicherheit.pdf))

VIS Bayern

Cadmium in Kunststoffprodukten; Gefahr für Mensch und Umwelt?, Verbraucherinformationssystem Bayern

([http://www.vis.bayern.de/produktsicherheit/technik\\_chemie\\_basis/gefahrstoffe/cadmium.htm](http://www.vis.bayern.de/produktsicherheit/technik_chemie_basis/gefahrstoffe/cadmium.htm))

GvpHpV

Verordnung über die Hinweispflichten des Handels beim Vertrieb bepfandeter Getränkeverpackungen (Regierungsentwurf vom 06.02.2013, Deutscher Bundestag, Drucksache 17/12303)

VerpackV

Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen (Verpackungsverordnung - VerpackV) vom 21. August 1998 (BGBl. I S. 2379), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 17. Juli 2014 (BGBl. I S. 1061) geändert worden ist.

RL 94/62/EG

Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 über Verpackungen und Verpackungsabfälle (ABl. EU Nr. L 365 vom 31.12.1994, S. 10), geändert durch Richtlinie 2013/2/EU der Kommission vom 7. Februar 2013 (ABl. EU Nr. L 37 vom 08.02.2013, S. 10)

### Anlage

Anlage 1 Checkliste VerpackV